

Antrag

**der Abgeordneten Dr. Joachim Bischoff, Dora Heyenn, Christiane Schneider,
Norbert Hackbusch, Kersten Artus, Elisabeth Baum,
Wolfgang Joithe-von Krosigk, Mehmet Yildiz (Fraktion DIE LINKE)**

Betr.: Wohnungsmarkt in Hamburg

Das Angebot an preisgünstigen Wohnungen in Hamburg ist knapp und verringert sich weiter. Mehrere Faktoren haben zu dieser Situation beigetragen:

- Die Einwohnerzahl Hamburgs steigt stärker als in anderen deutschen Metropolen. Mit einem Bevölkerungszuwachs um 0,5 Prozent steht Hamburg an der Spitze aller Bundesländer.
- Im Trend nimmt die Haushaltsgröße kontinuierlich ab. Damit wächst aber gleichzeitig die Zahl der Haushalte, die mit Wohnraum versorgt werden müssen.
- Der Umfang des Mietwohnungsbaus – gerade auch des sozialen Wohnungsbaus – ist vollkommen unzureichend.
- Die Mieten in Neubauten des sozialen Wohnungsbaus sind zu hoch und können von Geringverdienerinnen und Geringverdienern oder Haushalten mit Transfereinkommen oft nicht aufgebracht werden.
- Die Situation wird dadurch verschlechtert, dass immer mehr Wohnungen aus der Sozial- beziehungsweise Mietpreisbindung herausfallen.

Die Resultate der ausgerufenen „Wohnungsbauoffensive“ sind völlig unzureichend

- ◆ In Hamburg sind im Jahre 2007 25,8 Prozent weniger Wohnungen fertiggestellt worden als 2006.
- ◆ Im Jahr 2007 stiegen die Durchschnittsmieten in Hamburg um 4,3 Prozent. Im Zeitraum Januar bis März 2008 stieg die durchschnittliche Neuvermietungs-Miete sprunghaft von 4,65 Prozent in 2007 auf 8,2 Prozent. Der Preisauftrieb zieht sich durch alle Stadtviertel, besonders spürbar in den innerstädtischen Quartieren.

Wohnen in Hamburg wird teurer und daher gerade für benachteiligte Bevölkerungsgruppen die Wohnungsversorgung schwieriger. Schon aktuell sind die Mietkosten für viele Bürgerinnen und Bürger eine kaum tragbare Belastung.

Insbesondere für Bürgerinnen und Bürger mit geringem Einkommen (speziell mit Sozialtransfers nach ALG II) ist es extrem schwierig, angemessenen Wohnraum zu behalten oder zu bekommen. Aber auch andere Bevölkerungsgruppen stehen vor diesem Problem, zum Beispiel Menschen mit Migrationshintergrund, kinderreiche Familien und Alleinerziehende, Menschen mit Behinderung, suchtkranke und psychisch kranke Menschen, junge Erwachsene, wohnungslose Menschen und jene (vor allem Frauen), die Gewalt ausgesetzt sind.

Die Situation für diese Benachteiligten auf dem Wohnungsmarkt hat sich in den letzten Jahren stetig verschärft. Demgegenüber hat eine sozial ausgerichtete und geförderte Wohnungspolitik immer mehr an Bedeutung verloren. Die öffentlichen Wohnungs(bau)gesellschaften werden ihrer Aufgabe schon seit Langem nicht mehr gerecht.

Mitte der 1970er Jahre gab es in Hamburg noch circa 400.000 Sozialwohnungen. Bereits im Jahr 2000 war der Bestand auf 167.000 Wohnungen abgesunken, heute sind es nur noch circa 115.000. In den nächsten zehn Jahren werden weitere 50.000 Wohnungen aus der Mietpreisbindung herausfallen.

Dies vorangeschickt möge die Bürgerschaft beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, zum Frühjahr 2009 einen umfassenden Bericht zur Lage und Entwicklung der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft vorzulegen.

Mit Blick auf die letzten zehn Jahre soll in dem Bericht insbesondere eingegangen werden auf:

1. die zunehmende Kluft zwischen dem vorhandenen, insbesondere bezahlbaren Wohnraum und dem realen, nachgefragten Bedarf in der wachsenden Metropole Hamburg;
2. die Entwicklung der Preise für Grund und Boden, Mieten und Eigentumswohnungen beziehungsweise Eigenheime;
3. die Entwicklung im Bereich sozialer Wohnungsbestand und -neubau;
4. die Entwicklung der Wohnungs(bau)genossenschaften und der Wohnprojekte;
5. die Wohnungs- und Grundstückspolitik vor allem von SAGA GWG und Sprinkenhof AG;
6. den Einfluss von (internationalen) Immobilienfonds auf den Hamburger Wohnungsmarkt;
7. die zunehmende Entmischung beziehungsweise Segmentierung der Bevölkerungsgruppen in verschiedenen Stadtteilen, vor allem auch des innerstädtischen Bereichs;
8. die besondere Problemlage benachteiligter Gruppen wie Hartz IV-Bezieherinnen und Bezieher, Migrantinnen und Migranten und Behinderte auf dem Wohnungsmarkt;
9. die Maßnahmen des Senats zum Erhalt beziehungsweise zur Schaffung eines preisgünstigen Wohnungsangebots bei wachsender Armut beziehungsweise einer steigenden Zahl von Geringverdienerinnen und Geringverdienern und Bezieherinnen und Beziehern von Transferleistungen;
10. die Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf den Wohnungsmarkt in Hamburg.